

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 7. November 2019

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 28. November 2019

Rauchverbot ab 01.11.2019 – Maßnahmen zur Sicherung und zum Fortbestand der heimischen Gastronomie

Das mit 1.11.2019 in Kraft tretende generelle Rauchverbot ist ein Rückschritt für die heimische Gastronomie. Eingriffe in unternehmerische Freiheiten und gesetzliche Entziehung der Geschäftsgrundlage führen langfristig zu Betriebsschließungen und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die türkis-blaue Regierung hat zwar Entlastungsmaßnahmen und Planungssicherheit für die angeschlagene Gastronomie in Angriff genommen, aber jedoch im freien Spiel der Kräfte wieder zunichte gemacht. Wem nicht sofort per Gesetz die Existenzgrundlage entzogen wird, muss sich nun mit einem überzogenen Anrainerschutz sowie Bestrafungsorgien herumschlagen.

Zudem gibt es gesetzliche Sonderregelungen und Ausnahmebestimmungen im TNRS, die öffentlichen Einrichtungen die Errichtung von klar definierten Räucherräumen erlauben, aber der Gastronomie explizit verbieten. Krankenhäuser, Flughäfen, Ämter, Vereinslokale und sogar selbst das Parlament sowie die Hotellerie genießen hingegen das Privileg, Raucherbereiche einrichten zu dürfen. Damit schafft man eine gesetzlich tolerierte Ungleichbehandlung. Den Shisha-Bars wurde gleich zur Gänze jegliche Existenzgrundlage entzogen.


Es muss Schluss sein, eine ganze Branche von mündigen Unternehmern zu bevormunden und zur teilweisen Aufgabe ihrer Existenzen zu zwingen. Als echte Standortpartner fordern wir daher von allen Politikern und Interessensvertretern ein klares Bekenntnis für die Wirtschaft und die Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen zur Erhaltung unserer Wirtshauskultur.

Die unterfertigenden Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft stellen daher folgenden

Antrag:

Wir ersuchen die Organe der Wirtschaftskammer, eindringlich auf die Vertreterinnen und Vertreter ihrer zugehörigen Parlamentsfraktion und die künftige Regierung einzuwirken und folgende Maßnahmen gegen das Wirtesterben einzuleiten:

- Es braucht eine gesetzliche Gleichbehandlung zu öffentlichen Einrichtungen im TRNSG, wo Raucherbereiche auch im Innenbereich eingerichtet werden dürfen. Eine Diskriminierung von Gastronomiebetrieben lehnen wir ab!
- Die Ermöglichung der Errichtung eines Raucherraumes würde genau die Problemfelder der Lärmbelästigung und den Anrainerschutz entschärfen.
- Der Weiterbetrieb von Shisha-Bars könnte durch die Einführung eine Altersbeschränkung beim Einlass ermöglicht werden, um so betriebliche Existenzen und Arbeitsplätze zu sichern.
- „Beraten statt gleich Strafen“ soll in einer Übergangsfrist von 6 Monaten gelten.


KömmR Matthias Krenn
Vizepräsident


Michael Fürtbauer
Delegierter


Patrick Ortlieb
SPO/STV, Delegierter